

«Funktionelle Mängel beheben»

Martin Meyer, Polizeichef a.i., über die Erweiterung von Polizeigebäude, Gefängnis und Passamt

VADUZ – Die geplante Erweiterung von Polizeigebäude, Untersuchungsgefängnis und Passamt entspricht nicht dem «Wunschzettel» von Amtsleitern oder anderen Entscheidungsträgern, wie von anderen Medien gerne kolportiert wird. Vielmehr steht im Vordergrund, funktionelle Mängel zu beseitigen und die innere Sicherheit nachhaltig zu sichern.

• Peter Kündle

Volksblatt: Herr Meyer, ein Referendum gegen den vom Landtag beschlossenen Erweiterungsbau von Landespolizei, Untersuchungsgefängnis sowie Passamt ist in der Lancierungsphase. Wie ist die Haltung der Landespolizei zu diesem Begehren?

Martin Meyer: Es liegt in der Natur der Sache, dass die Landespolizei diesem drohenden Referendum mit Respekt entgegensieht, geht es doch um ihre zukünftige Entwicklungsperspektive. Initiative und Referendum sind rechtsdemokratische Instrumente. Wir akzeptieren und respektieren diese demokratischen Instrumente «ohne Wenn und Aber».

Was werden Sie gegen das geplante Referendum unternehmen?

Die Landespolizei wird sich an der politischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Oppositionsparteien nicht beteiligen. Die Landespolizei wird aber die Chance nutzen, um auf sachlicher Basis darzulegen, warum die Notwendigkeit für einen Erweiterungsbau gegeben ist und warum die Landespolizei auch zukünftig eine Existenzberechtigung im derzeitigen Umfang hat. Wir werden der Öffentlichkeit zeigen, was unsere konkreten Leistungen sind.



Interimspolizeichef Martin Meyer zum lancierten Referendum «Polizeigebäude»: «Eine Erweiterung und ein Umbau sind auch ohne Personalaufstockung notwendig, da das derzeitige Polizeigebäude über verschiedene funktionelle Mängel verfügt.»

In der laufenden Diskussion scheint es vordergründig nur um die Landespolizei zu gehen.

Hier werden Äpfel mit Birnen vermisch. Zur Disposition steht ein vom Landtag bewilligter Verpflichtungskredit in der Höhe von 31,5 Mio. Franken für eine Erweiterung von Polizei, Passamt, Gefängnis sowie für ein neues Parkhaus. Es handelt sich um ein Gesamtprojekt, welches weit über die Landespolizei hinausgeht.

Ist das drohende Referendum im Zusammenhang mit der öffentlich gemachten Präventionsarbeit der Landespolizei zu sehen?

Ich hoffe nicht, denn das wäre der

falsche Diskussionsansatz. Die Landespolizei hat den gesetzlichen Auftrag, für die Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Dies ist nicht immer angenehm. Dieser Auftrag wird von uns nach bestem Wissen und Gewissen ausgeführt. Die Landespolizei erbringt weit mehr Leistungen als dies für die breite Öffentlichkeit sichtbar ist. Die Landespolizei darf nicht nur auf die uniformierten Beamten reduziert werden.

Was bedeutet das konkret?

Es gibt in diesem Land viele Bürgerinnen und Bürger, welche schon oft sehr froh waren, dass die Landespolizei als Helfer zur Stelle war. Sei dies

bei der Lösung komplexer Kriminalfälle, beim Einschreiten bei häuslicher Gewalt und bei Familienstreitigkeiten oder bei der Verkehrsinstruktion in Schulen und Kindergärten. Überall hier ist die Landespolizei ein verlässlicher Partner.

Ist die Erweiterung des Polizeigebäudes notwendig?

Eine Erweiterung und ein Umbau sind auch ohne Personalaufstockung notwendig, da das derzeitige Polizeigebäude über verschiedene funktionelle Mängel verfügt.

Vorgeschlagen wird seitens der Referendumsbefürworter eine flexible

Mietlösung. Wie steht die Landespolizei dazu?

Das Zumieten von Räumlichkeiten löst die funktionellen Mängel des Polizeigebäudes nicht. Ausserdem ist jede Auslagerung von Teilen der Landespolizei mit ablauforganisatorischen, betrieblichen und sicherheitstechnischen Nachteilen verbunden. Es müssten in diesen Mieträumen zahlreiche Parallelstrukturen aufgebaut werden, insbesondere aufgrund von Sicherheitsaspekten und in personeller Hinsicht. Bei einer solchen Lösung würde erheblich mehr Personal benötigt, als derzeit geplant ist. Ich kann mir folglich nicht vorstellen, wie dies realisiert werden soll.

Also kein Polizeistützpunkt Unterland in naher Zukunft?

Eine Dezentralisierung der Landespolizei bringt nur Nachteile mit sich. Diese negative Erfahrung hat die Landespolizei bereits vor Bezug des derzeitigen Gebäudes gemacht, als sie in Vaduz auf verschiedene Büroräumlichkeiten verteilt war. Aufgrund der Grösse des Landes kann die Landespolizei im Land unter der Verwendung von Sirenen und Blaulicht jeden bewohnten Ort innerhalb von 15 Minuten erreichen, sofern sie zum Meldezeitpunkt über freie Einsatzkräfte verfügt, dies gilt auch für das Unterland.

Abschlussfrage: Braucht die Landespolizei 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?

Diese Frage hat der Landtag bereits im Jahr 2001 geklärt, in welchem er einstimmig den Personal-Soll-Bestand bei der Landespolizei auf 130 Angestellte festgelegt hat. Dabei handelt es sich nicht nur um uniformierte Polizeibeamte, sondern auch um Zivilangestellte.

MEIN STANDPUNKT

Referendum gegen Polizei führt in falsche Richtung

Von FBP-Geschäftsführer Marcus Vogt

VADUZ – Das angekündigte Referendum gegen den Erweiterungsbau des Polizeigebäudes hat in der Bevölkerung vor allem eines ausgelöst: Unmut gegen die Polizei. Genährt wird dieser Unmut durch Leserbriefe und Äusserungen in Interviews, wie zum Beispiel von VU-Generalsekretär Peter Kranz. Dabei fallen Fakten einfach unter den Tisch.

Hört man sich um in Liechtenstein, wird man da und dort mit dem Referendumsbegehren gegen den Erweiterungsbau des Polizeigebäudes konfrontiert. Auffallend ist dabei, dass nicht wirklich wegen der Kosten geschimpft wird, sondern wegen Polizeikontrollen im Dezember. Wenn die Referendumsabsicht etwas erreicht hat, dann den Unmut gegen die Polizei zu nähren. Die Rede ist überall von Abzockermanier, übertriebenen Alkohol- und Geschwindigkeitskontrollen. Dass diese Tätigkeit der Sicherheit der Bevölkerung dient, wird unter den Tisch gekehrt. Dadurch werden Mitglieder des Polizeikorps zu Unrecht in eine negative Schublade gesteckt. Denn eines ist doch zweifellos klar: Das hierzulande herrschende Gefühl von Sicherheit verdanken wir nicht zuletzt unseren Polizeikräften.

Polizei konsequent gestärkt

Die Bürgerpartei ist an den letzten Landtagswahlen mit dem Programm-

punkt angetreten, die innere Sicherheit Liechtensteins langfristig zu stärken. Grund dazu gab es genug. Der PUK-Bericht zur Landespolizei brachte unter anderem die Erkenntnisse, dass bei der Polizei chronischer Personalmangel herrscht, Aus- und Weiterbildungskonzepte und damit verbundene Perspektiven fehlen. Ein Modell zur Krisenintervention wurde vermisst. Die Rede war von einer Führungskrise.

Unter der Regierung Hasler wurde seit Beginn der Amtszeit die Landespolizei kontinuierlich weiterentwi-

kelt. Ehemalige Mitglieder des Führungskaders der Landespolizei mussten öffentlich rehabilitiert werden, nachdem sie von der Regierung Frick zu Unrecht abgesetzt worden waren. Die Personalplanung bis 2007 wurde unter Regierungsrat Dr. Alois Ospelt verabschiedet. Damit wurde der Landespolizei eine klare Perspektive, ein klares Ziel und somit ein hohes Mass an Motivation gegeben. Parallel wurde ein Grobkonzept zur künftigen Aus- und Weiterbildung erarbeitet, welches nur durch die kontinuierliche Erhöhung des Personalstandes umge-

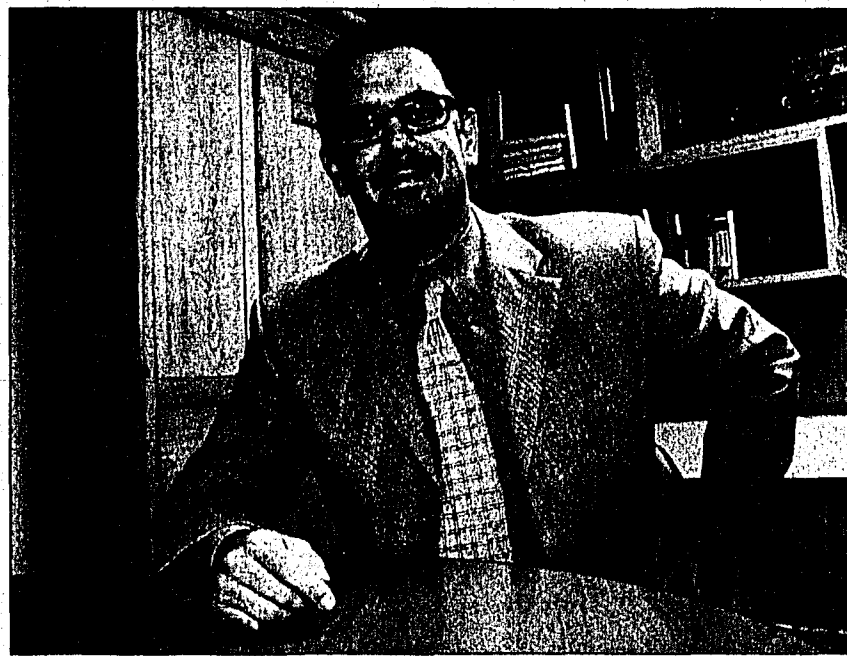
setzt werden kann. Mit dem Funktionssystem Polycom wurde jüngstens ein strategisch wichtiges Projekt für alle Sicherheitsorganisationen des Landes lanciert. Diese Aufzählung könnte gut und gerne weitergeführt werden. Alle Massnahmen dienen der Landespolizei und damit dem Bevölkerungsschutz, der inneren Sicherheit.

VU für Personalaufstockung

Braucht es den Ausbau auf 130 Beamte? Diese Frage müssten die VU-Verantwortlichen mit Ja beantworten. Der Ausbau des Personalstandes ist eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Personalberichts der Regierung Frick aus dem Jahr 2000. Damals wurde der Personalstand auf 104 Angestellte festgelegt. Es ist die Aufgabe der jetzigen Regierung, den neuen Anforderungen Rechnung zu tragen und die Polizei auf veränderte Bedingungen vorzubereiten. Die Regierung Hasler handelt hier mit Weitblick. Es sollte nicht vergessen werden, dass der Personalbericht der Regierung im Dezember 2001 vom Landtag behandelt und mit Bestnoten einstimmig verabschiedet wurde. In der Berichterstattung von Volksblatt und Vaterland kann dies nachgelesen werden. VU-Sekretär Kranz scheint übersehen zu haben, dass seine Partei selbst für den Ausbau der Polizei gestimmt hat.

Folgen des Referendums

Mit der Verhinderung des Erweiterungsbaus würde auch verhindert,



FBP-Geschäftsführer Marcus Vogt: «Die innere Sicherheit und das Funktionieren der Landespolizei sollten uns etwas wert sein.»

dass in einer konjunkturschwachen Zeit investiert wird. Das volkswirtschaftliche 1 x 1 rät aber zu Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft. Schlimmer aber noch wird mit dem Referendum der Landespolizei die Perspektive genommen. Viele Projekte, auch die Aus- und Weiterbildung, fallen dem Referendum zum Opfer. Ohne Erweiterungsbau keine Personalaufstockung. Damit wird auch die innere Sicherheit in der Zukunft gefährdet. Es ist jedem und jeder unbenommen, sich über die Höhe der Baukosten auszulassen. Wer von uns kann aber wirklich beurteilen, ob sie gerechtfertigt sind oder nicht. Die innere Sicherheit und das Funktionieren der Landespolizei sollten uns etwas wert sein.

ANZEIGE

«Geniale Menschen sind selten ordentlich, ordentliche selten genial.»
ALBERT EINSTEIN

Für ein paar Genies (Handwerker, Kleinbetriebe, one-man shows etc.) hätten wir in diesem Sinn noch Zeit. Und ein offenes Ohr für dies und das.

soll + haben

buchführung löhne administration
andrea kolser • sybille oberle

soll + haben install • Schaan
230 08 80 • www.sollundhaben.li